

Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Kobanê

Kampf um die Zukunft
des Nahen Ostens

Online Beitrag von Karakök Autonome



Die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava – über Hintergrund, Entstehung und Realität¹

Karakök Autonome

Einleitung

Insbesondere seit Beginn der IS-Angriffe auf Kobanê haben die Entwicklungen in Rojava eine weltweite mediale Präsenz erhalten. Doch bereits rund zwei Jahre zuvor haben sich in Rojava Gesellschaftsstrukturen formiert, die so außergewöhnlich wie hoffnungsvoll sind. Man hört von basisdemokratischen Strukturen, mittels derer sich die Bevölkerung selbst verwaltet, von *multiethnischen*² Räten, von Frauenrechten.

Die direkte Solidarität mit denjenigen Menschen, die unter dem aktuellen Krieg leiden, ihre Heimat verlassen müssen oder während der Gefechte getötet werden, ist zentral und uns ein wichtiges Anliegen – daneben halten wir es aber auch für wichtig, dass Rojava nicht nur als Ort des Krieges, der Zerstörung und des Elends wahrgenommen wird, sondern als ein Ort, in welchem einzigartige Gesellschaftsformen im Aufbau sind, die eine neue Perspektive sowohl für den Mittleren Osten als auch auf globaler Ebene versprechen. Als Anarchist_innen haben uns diese Veränderungen von Anbeginn interessiert – auch deshalb, weil sich das theoretische Fundament von Rojava auf eine Vielzahl anarchistischer Ideen beruft. In der Zwischenzeit waren wir mehrmals vor Ort, haben viele Gespräche mit den Menschen, die in Rojava leben – oder jüngst aus Rojava flüchten mussten – geführt und einen Einblick in die dort aufgebauten Gesellschaftsstrukturen erhalten.

Aus einer herrschaftskritischen Perspektive gibt es durchaus kritische Aspekte. Jedoch sollte man bedenken, dass die Strukturen von Rojava unter sehr erschwerten Bedingungen und während eines Krieges aufgebaut wurden. Zusätzlich wäre es anmaßend zu glauben, man könne als Außenstehender besser wissen, wie die Menschen in einer bestimmten Region leben sollten. Die Gefahr dabei ist groß, die dortigen Umstände durch eine eurozentristische Brille wahrzunehmen und seine eigenen Idealvorstellungen auf eine völlig unterschiedliche Realität zu projizieren. Nichtsdestotrotz halten wir eine kritische Analyse für genauso wichtig wie die Solidarität mit jenen Strukturen. So

1 Online-Beitrag zu Ismail Küpeli (Hg.): [Kampf um Kobane](#). Münster 2015.

2 Wir markieren kolonialistisch geprägte Begriffe kursiv, sofern sie sich bei der Erstellung des Textes nicht vermeiden ließen. Zur Kritik an der kolonialen Entstehung und Verwendung des Begriffes „Ethnie“ und „multikulturell“ siehe Susan Arndt & Nadja Ofuately-Alazard (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht*. Münster 2010.

können wir von den Erfahrungen in Rojava lernen und diese Erfahrungen in ähnliche Projekte einfließen lassen.

Im folgenden Text werden wir mit einem Schwerpunkt auf die Selbstverwaltungsstrukturen über die Gesellschaft in Rojava berichten. Dabei stützen wir uns auch auf eigene Beobachtungen, auf Gespräche mit Bewohner_innen und mitunter auch auf eine kritische Reflexion.

Historischer und sozioökonomischer Hintergrund

Der Mittlere Osten ist bereits seit Jahrzehnten ein brodelnder Kessel. Was sich ändert, sind lediglich der Brennstoff und dessen Menge. Viele Menschen im Mittleren Osten leben in ihrer eigenen Heimat wie Migrant_innen. Vor allem Kurden, Armenier, Yeziden und Assyrer wurden in Syrien und im Irak zu Papierlosen gemacht. Ihnen war oder ist es immer noch verboten, die Muttersprache zu sprechen, zu arbeiten oder Eigentum zu besitzen. Dies, weil sie als nicht existent gelten. Seit Anfang 19. Jahrhundert hat es daher immer wieder Volksaufstände gegeben; diese wurden jeweils blutig niedergeschlagen.

Im Mittleren Osten sind alle drei monotheistischen Religionen der Welt entstanden. Entsprechend stark verankert ist die Bedeutung dieser Religionen, wobei der Islam am stärksten verbreitet ist. Dies bringt auch spezifische Gesellschaftsstrukturen mit sich, da Mohammeds überlieferte Schriften Anweisungen für das gesellschaftliche Zusammenleben enthalten. So ist beispielsweise der Feudalismus stark verankert. Produktion, Konsum und Kultur im Sinne eines kapitalistischen Prinzips sind nur vereinzelt vorhanden. Die zentrale Macht des Staates ist nicht fundiert, sie erstreckt sich nur über regierungsnahen Regionen. So leben beispielsweise in Wüstengegenden Beduinen nach ihren eigenen Regeln, ohne, dass der Staat Macht über sie hätte. Außerhalb der Regierung gibt es eine Vielzahl von Machthabern – beispielsweise religiöse Führer, Landbesitzer oder andere regionale Führer. Deren Macht reicht historisch weiter zurück und ist tiefer verankert als diejenige des Staates.

Das schwächste Glied der Konfliktkette ist die Religion. Von außen werden diese Konflikte zur Wahrung von Eigeninteressen zusätzlich geschürt. So wurde die Freie Syrische Armee durch die USA, Großbritannien und arabische Staaten mit Waffen versorgt. Die Türkei lieferte Waffen an die Al Nusra und die USA stärkte Al Kaida gegen die russische Vorherrschaft in Afghanistan. Die Kontinuität der Kriege im Mittleren Osten ist insbesondere durch energetische Ressourcen bedingt. Kapitalistischen Staaten wohnt hierbei eine große Bedeutung inne. Die hier lebenden Menschen können die Ressourcen, die in ihrer Heimat vorkommen, nicht nutzen. Rohstoffe - wie Erdöl - werden aufgrund ökonomischer Interessen von anderen Ländern angeeignet. Firmen aus Industrieländern bauen hier Rohstoffe ab oder arbeiten mit den herrschenden Regimen zusammen, welche deren ökonomische Interessen gewährleisten.

Während des 1. Weltkrieges, wurden im Mittleren Osten die Staatsgrenzen neu gezeichnet, die Regionen anhand ökonomischer und politischer Interessen aufgeteilt und die Bevölkerung somit aufgespalten.

Weiterhin wichtig zum Verständnis der Strukturen in der Region sind die patriarchalen und konservativen Familienverhältnisse, welche im Mittleren Osten stark verbreitet sind. In diesen Strukturen kommt der Wert der Frau erst nach

In Anwesenheit ihres Bruders, Vaters, Ehemannes, Schwiegervaters oder anderer Männer sieht sich eine Frau mit einer Vielzahl von Verboten konfrontiert. So darf sie neben Männern nicht essen, da es als obszön gilt, wenn man ihren offenen Mund sieht. Gegessen wird in einem separaten Raum. Mancherorts dürfen Frauen zwar im gleichen Raum essen, müssen dabei aber den Mund mit der Handfläche verdecken. Sie dürfen neben Männern nicht sprechen oder ihr Haar zeigen. Mütter, aber auch Väter, dürfen ihr Kind neben anderen nicht auf den Schoß nehmen oder es lieblosen, da das Kind ein Resultat von Sexualität ist und es tabu wäre, dies zu demonstrieren. Frauen in traditionellen Familien dürfen ohne Einwilligung von Männern nicht das Haus verlassen – und wenn doch, so nur in männlicher Begleitung. Dies kann auch der kleine Bruder oder der eigene Sohn sein, wobei die Frau hinter ihm her gehen muss. Jungen Frauen wird eingebläut: „Geh ja nicht aus dem Haus, sonst spricht man darüber, was du wohl draußen treibst und dein Ruf als ehrbare Frau ist dahin“. In vielen Regionen außerhalb der größeren Städte werden Mädchen nicht in die Schule geschickt, selbst, wenn dies obligatorisch ist. So gibt es unter Frauen viele Analphabetinnen.

In diesem Kontext sollte man die Revolution – und eine solche ist es tatsächlich – in Rojava betrachten. Man sollte keinen Klassenkampf und keine Herrschaft einer kommunistischen Partei suchen. Die treibende Kraft kommt nicht von Klassenexponent_innen wie Proletariat, Bauern, Partei. Manche kritisieren, dass in Rojava kein Angriff gegen die Bourgeoisie stattfand. Es wurde kein Herrscher getötet, kein Diktator vertrieben, keine Bourgeoisie enteignet. Gerade aber damit rühmen sich die Menschen in Rojava, wenn man mit ihnen spricht: dass bei der Umwälzung der Strukturen kein Blut vergossen wurde. Die einzigen Gefechte, die stattfinden, finden gegen Angriffe von außen statt (IS, türkische Regierung, Assad-Regime) und waren bereits vor der Revolution Alltag.

Genauso wenig sollte man einen Kampf gegen Religionen oder eine sexuelle Revolution im Sinne der 68-er suchen. Vielmehr sollten die aktuellen Entwicklungen in Relation zur vorher herrschenden Realität gesetzt werden, um sie besser verstehen zu können. Tatsächlich kann eine Revolution im klassisch anarchistischen oder sozialistischen Sinne hier nicht gefunden werden. Eine solche Revolution erfordert den Sturz eines Staates, je nachdem mit einer Machtübernahme oder einer Machtauflösung. Hier wurde weder ein Staat gestürzt, noch die Macht übernommen. Vielmehr wurde in einem bestehenden

Staat eine gesellschaftliche Umwälzung realisiert, die selber keines Staates mehr bedarf. Innerhalb dieser Strukturen fand zu einem großen Teil eine Machtauflösung statt.

Wie begann die Revolution?

Rojava (zu Deutsch: „der Westen“, da die Region den Westen des kurdischen Siedlungsgebietes darstellt) besteht aus den drei Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîre. Hierbei handelt es sich um Regionen, in welchen die kurdische Bevölkerung seit Jahrtausenden lebt. Ab 1973 betrieb das Baath-Regime im Grenzgebiet zum Irak und zur Türkei eine „Arabisierungspolitik“. Das Land der dort lebenden Kurd_innen wurde angeeignet und die Bevölkerung in andere Regionen zwangsumgesiedelt. Stattdessen wurden vor Ort arabische Bauern angesiedelt, um einen sogenannten „Arabischen Gürtel“ zu schaffen und die kurdische Bevölkerung voneinander zu separieren. Kurdische Ortsnamen wurden durch arabische Namen ersetzt. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Unterdrückung, Vertreibung und sogar Tötung bildete sich eine zunehmend stärkere kurdische Organisation aus, die in Syrien vor allem aus der PYD besteht. Mit dem syrischen Bürgerkrieg spitzte sich die Lage zusätzlich zu und war bereit, jeden Moment wie ein Pulverfass zu explodieren.

Unter diesen Umständen riefen 2011 mehrere Imams (religiöse Leiter einer muslimischen Gemeinde) am frühen Morgen anstelle des Ezans (Aufruf zum Gebet von einer Moschee aus) dazu auf, die von Assad besetzten Länder zurück zu erobern. Die ohnehin schon angespannte Situation entlud sich in einer kollektiven Rückaneignung der kurdischen Siedlungsgebiete. Das syrische Regime war auf diesen Moment nicht vorbereitet, da das Land vom Bürgerkrieg schwer mitgenommen war und das Gebiet von Rojava nicht im Vordergrund der militärischen Interventionen stand. Niemand ging davon aus, dass hier so etwas geschehen würde.

Am 19.07.2012 besetzten 15 Kurd_innen nachts ein Kulturzentrum des Baath-Regimes in Rojava. Das Baath-Regime sah Institutionen wie diese nur für Araber_innen vor, daher durften Kurd_innen diese Einrichtungen weder nutzen noch betreten. Jegliche Literatur, die dort vorzufinden war, war auf Arabisch. In der gesamten Region Rojavas war das Sprechen der kurdischen Sprache, das Ausführen von Volkstänzen oder das Spielen kurdischer Musik verboten, so dass dies heimlich in den Häusern betrieben wurde.

Die Besetzer_innen waren gegenüber den Beamten in der Überzahl. Den Beamten wurde gesagt, dass sie nicht mehr benötigt werden, aber bleiben und im Zentrum weiter mitarbeiten dürften, wenn sie möchten. Ein Teil der Beamten kehrte zurück in arabisch bewohnte Gebiete wie Aleppo oder Damaskus, ein anderer Teil blieb hingegen vor Ort, aus Angst vor Al Nusra. Daraufhin wurde mit der Instandsetzung des Zentrums begonnen. Die Reinigung des seit

Jahren vernachlässigten Zentrums dauerte Monate. Bücher wurden gesammelt und ins Zentrum gebracht. Interessant dabei ist, dass die bestehenden Bücher nicht vernichtet, sondern belassen wurden. Sie wurden jedoch mit kurdischer und anderssprachiger Literatur ergänzt. Dies ist ein sinnbildlicher Punkt: da die Besetzung durch Kurd_innen stattfand, hätte es nicht erstaunt, wenn ein kurdisches Kulturzentrum errichtet worden wäre. Stattdessen wurde ein *multietnisches* Zentrum aufgebaut, das allen dort lebenden Bevölkerungsgruppen dienen sollte. Kurse für Volkstänze, Musikrichtungen, für traditionelle Instrumente, Gesang, Malerei und Theater wurden ins Leben gerufen. Die Revolution hatte begonnen.

Die Kinderschuhe des Umbruchs: wie es danach weiterging

Nach und nach breitete sich der Geist des Umbruchs aus. Neben dem Kulturzentrum wurden Sprach-, Frauen- und Volkshäuser in ehemaligen Institutionen der Regierung eröffnet. Das größte Gebäude in Kobanê wurde zu einem Frauenzentrum („Mala Jin“) umfunktioniert. Die PYD hatte zwar über Jahre hinweg die Grundlage für eine solche Entwicklung aufgebaut und auch die Autonomie wurde mitunter bewusst initiiert und gepusht, das rückeroberte Land wurde aber nicht im Namen einer neuen Regierung genutzt. Die PYD übernahm mit Ausbruch der Revolution nicht die Macht und es wurde kein Staat errichtet. Stattdessen wurden die Böden und Institutionen dezentralisiert und in die Hände der Bevölkerung übergeben. Im November 2013 schließlich wurde die Autonomie Rojavas deklariert.

Die Straßen und Quartiere wurden wieder ins Kurdische umbenannt. Viele Straßen, aber auch Schulen, wurden dabei Märtyrer_innen der YPJ und YPG gewidmet. Dies steht zwar staatlich organisierten Systemen (wie auch im europäischen Raum) entgegen, wo Orte nach Staatsoberhäuptern, Politiker_innen, Generälen oder religiös einflussreichen Personen benannt werden; trotzdem stellt sich aus einer herrschaftskritischen Perspektive die Frage, ob dies nicht einen Personenkult, eine Hierarchie zum nicht kämpfenden „Normalbürger“ und eine Glorifizierung des Todes im bewaffneten Kampf darstellt. Ist diese Praxis nicht einfach eine anders gefärbte, aber vergleichbare Variante der Namensgebung in staatlichen Systemen? Unter Berücksichtigung der politischen Machtverhältnisse ist diese Kritik aber zumindest zu relativieren.

Mit der Zeit wurde eine Vielzahl von Institutionen gegründet, um die Bedürfnisse der Bevölkerung decken zu können. Eine der wichtigsten waren die Schulen. In den Schulen war die Lehrsprache während des Baath-Regimes Arabisch; im Geschichtsunterricht wurde ausschließlich arabische Geschichte gelehrt. Kurdisch zu sprechen, war verboten, ebenso kurdische Bücher. Nach Beginn der Autonomie wurde eine Vielzahl von kurdischen Lehrmitteln in die Schulen gebracht. Die Lehrsprache in den Schulen wurde an lokale und ihren

sprachlichen Besonderheiten angepasst. So sind beispielsweise in Qamishli Kurdisch, Arabisch und Assyrisch die am meisten verbreiteten Sprachen. Diese Sprachen wurden daher in Qamishli als offizielle Sprachen etabliert, die überall im öffentlichen Raum (wie z.B. Schulen, Ämter, öffentliche Beschriftungen) verwendet werden. Aber auch Gesellschaftsgruppen, die eine andere Sprache als diese drei sprechen, können Schulen eröffnen, in welchen in der eigenen Sprache unterrichtet wird. Zusätzlich gibt es in allen Schulen ein fakultatives Fach namens «*Ethnische Sprachen*», welches zum Ziel hat, weitere Sprachen zu unterrichten und vom Aussterben bedrohte Sprachen zu erhalten. Diese Entwicklungen bieten einen Gegenpol zur ehemaligen Assimilationspolitik des Assad-Regimes, welche alle hier lebenden Menschen zu arabisieren versuchte.

Neben den Sprachen werden in den Schulen Geschichte, Geographie, Chemie, Algebra und der Koran gelehrt. In den Mittelschulen kommen zusätzlich Philosophie, Literatur, Musik und Kunst dazu. Die am stärksten gewichteten Themen innerhalb dieser Fächer sind Feminismus, Gesellschaft und soziales Leben. Es gibt in allen Schulen ein Schulfach namens „Jineoloji“ (zu Deutsch: „die Wissenschaft der Frau“). Hierbei handelt es sich um eine feministische Wissenschaft, welche diverse Themen aus einer Perspektive analysiert, die patriarchalen Wissenschaften entgegensteht. Als kritisch erachten wir die Koranschule – als wir jedoch mit mehreren Personen im Gebiet darüber gesprochen haben, zeigte sich, dass dieses Bedürfnis aus der Bevölkerung heraus kam und daher realisiert wurde. Dies zeigt aber auch, dass es nicht die PYD ist, welche die Regeln des öffentlichen Lebens definiert, da diese den Einfluss der Religion in der Gesellschaft langfristig aufheben will.

In ganz Rojava werden in allen Kantonen jeden Samstagabend sogenannte „Freiheitsmärsche“ durchgeführt, in welchen Transparente getragen, Reden gehalten und Parolen skandiert werden. Diese Demonstrationen sollen den Geist der Revolution und des Zusammenhalts stärken und eine stärkere Politisierung der Bevölkerung schaffen. Während in den Schulen früher die syrische Nationalhymne gesungen wurde, wird an ihrer Stelle nun der Rojava-Freiheitsmarsch angestimmt. Wenn man bedenkt, dass sich die Region mitten in einem Kriegsgebiet befindet und jeden Moment durch äußere Angriffe zerfallen könnte, so hat dies sicher eine politische Relevanz: es kommt zu einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls, das die Strukturen weiter aufrecht erhält. Andererseits tun sich auch Bedenken auf: führt das institutionalisierte Singen eines Marsches, bzw. die wöchentlichen Demonstrationen, nicht auch mit der Zeit zu ähnlichen Problemen, wie diese in einem Nationalstaat bestehen? Was ist mit denjenigen, die den Marsch nicht singen möchten oder sich mit der Revolution in Rojava nicht identifizieren?

Die Selbstverwaltung – ein Konzept in Entwicklung

Während des syrischen Bürgerkrieges 2011 hatten die PYD und der Kurdische Nationalrat die Entscheidung zur Zusammenarbeit gefällt. Dabei wurde die Tev-Dem (Bewegung für eine demokratische Gesellschaft) und das Hohe Kurdische Komitee ins Leben gerufen – später kamen noch die Gründung der Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ dazu. Als 2013 die Autonomie ausgerufen wurde, gründete die Tev-Dem die ersten Volksräte. Der Beginn der Selbstverwaltungsstrukturen stammt also durchaus von oben und nicht von unten. Handelt es sich also tatsächlich um eine Basisdemokratie und um Selbstverwaltung, wenn der ausschlaggebende Funke von oben kommt? Ist dies nicht ein avantgardistisches Konzept, wobei die Bevölkerung von einer politischen Elite gesteuert werden muss? Andererseits lässt sich dagegenhalten, dass dieses Konzept anscheinend den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und bereitwillig aufgenommen wurde. Spielt es da eine Rolle, woher der erste Schritt stammt? Vielleicht nicht unbedingt, sofern die Initiant_innen danach kein Machtmonopol aufbauen, keine übergeordnete Funktion haben und keine weitere Einflussnahme von oben mehr stattfindet.

Ob dies tatsächlich so ist, konnten wir in Gesprächen mit Bewohner_innen nicht schlüssig klären. Fakt ist aber, dass sich die Menschen in Rojava selber mittels Volksräten verwalten. Hierbei handelt es sich um Volksversammlungen, welche durch die lokale Bevölkerung zusammengesetzt werden. Die Räte gibt es auf verschiedenen Ebenen: in Stadtteilen, Quartieren, Städten, Ortschaften und Dörfern. Die kleinste Einheit bilden die Kommunen, von welchen es in jedem Stadtteil mehrere gibt. Alle entscheiden freiwillig, ob sie in diesen Strukturen partizipieren wollen. Die Räte setzen sich aus allen gesellschaftlichen Gruppierungen, Religionen und Sprachgruppen, die hier leben zusammen – bei einer Frauenquote von 40%. Gegründet werden die Räte bei Bedarf durch Eigeninitiative der Bevölkerung. Hier werden alle Entscheidungen gemeinsam getroffen sowie alle Bedürfnisse des Alltags organisiert. Innerhalb der Räte gibt es verschiedene Komitees, die sich um verschiedene Themen kümmern, wie z.B. Schulen, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Krankenhäuser und Landwirtschaft. Jeder Rat entsendet Delegierte in den Rat einer nächsthöheren Ebene (z.B. vom Quartier in den Stadtrat), diese haben jedoch lediglich die Funktion, Angelegenheiten aus dem kleineren in den größeren Rat zu tragen und umgekehrt. Sie sind alleine jedoch nicht entscheidungsbefugt, sondern die Entscheidungen werden im Kollektiv auf der kleinstmöglichen Ebene getroffen. Zudem wechseln die Delegierten, so dass niemand diese Funktion permanent ausübt.

Die regional breiteste Ebene bilden die kantonalen Volksräte. Alle Stadträte zusammen entsenden Delegierte an den sogenannten Kantonsrat. Dieser verwaltet Angelegenheiten auf kantonomer Ebene. Die Delegierten können Mitglied einer Partei sein oder parteilose Personen. Bei den Parteipolitiker_innen ist die

Anzahl der Delegierten durch die Parteistärke festgelegt – je populärer eine Partei im betreffenden Kanton, desto mehr Delegierte besitzt sie im Kantonsrat. Es gibt hier also ein Parteiensystem, wenngleich die Parteien auch alleine nicht entscheidungsbefugt sind und ihre Stimme kein größeres Gewicht hat als die einer parteilosen Person. Die Parteien bestanden bereits vor der Autonomie und anstelle sie zu verbieten, hat man versucht, sie in die basisdemokratischen Strukturen einzubinden und sie der parteilosen Organisation gleichzustellen. Obschon dies ein eleganter Kompromiss ist, sehen wir als Anarchist_innen die langfristige Perspektive von Selbstverwaltung und Kollektivität durch die Existenz eines Parteiensystems gefährdet.

Auf übergeordneter Ebene gibt es das Hohe Kurdische Komitee. Dieses besteht aus der PYD, dem Kurdischen Nationalrat und der Tev-Dem. Die Tev-Dem beinhaltet wiederum eine höchste Instanz, die aus 10 Mitgliedern besteht, davon je fünf Mitglieder der PYD und des Kurdischen Nationalrats. Im Hohen Kurdischen Komitee gibt es darüber hinaus weitere kantonale Verwaltungsorgane, die durch Delegierte von den Kantonsräten gebildet werden. Diese Organe sind z.B. die Legislative, die Exekutive, die Verfassung und die Regionalräte. In diesen gibt es keine parteiliche Organisation mehr, da es sich um eine den Parteien übergeordnete Verwaltung handelt.

In der Arbeitsweise vom untersten bis zum höchsten Rat (sowohl von unten nach oben, als auch von oben nach unten) zeigen sich mitunter gewisse Hierarchien. Während die unteren Räte direkt die Bevölkerung abbilden, zeigt sich nach oben hin eine gewisse Institutionalisierung. So besteht beispielsweise im Kantonsrat eine Amtsdauer von vier Jahren. Aus einer libertären Perspektive wäre eine möglichst geringe Amtsdauer anzustreben – so könnten die Delegierten beispielsweise bei jeder Sitzung wechseln. Durch die länger dauernde Funktion werden Bürokraten geschaffen, welche sich in der Funktion vom „Normalbürger“ unterscheiden. Idealerweise sollten die Organe auf höherer Ebene lediglich der vertikalen und horizontalen Koordination dienen – Fakt ist aber, dass sie darüber hinaus eine eigenständige Verwaltungsfunktion haben und gewisse Entscheidungen treffen, bzw. diese umsetzen. Ob auch diese Strukturen mit der Zeit aufgelöst und dezentralisiert werden, wird sich zeigen. Dennoch bestehen Unterschiede zum parlamentarischen System in einer bürgerlichen Demokratie. Da die Delegierten von den kleineren Volksräten entsandt werden, kann jede_r aus der Bevölkerung Delegierte_r in den übergeordneten Räten werden, und nicht nur Parteipolitiker_innen.

Eine Revolution der Frauen

Die Frauen in Rojava haben Heim und Herd verlassen und nehmen an vorderster Front am öffentlichen Leben teil. Sie sind aktiv in Volksräten, Bildungszentren und Volksverteidigungseinheiten. In Rojava gibt es die weltweit erste und einzige Nachrichtenagentur, die nur aus Frauen besteht, die JINHA.

Das erste „Mala Jin“ (Frauenhaus) Rojavas wurde 2011 gegründet. Es bot eine Plattform, um über frauenspezifische Themen zu sprechen und Lösungsansätze zu erarbeiten, beispielsweise über Probleme in der Familie oder Gewalt. Auch in den Volkshäusern („Mala Gel“) werden solche Themen behandelt, um Männer für die Emanzipation von Frauen zu sensibilisieren. Wird eine Frau Opfer von Gewalt, intervenieren die Frauen-Schutzgruppen. Dies sind zivile Gruppen, die aus Frauen bestehen und von den Frauenräten gebildet werden. Umgekehrt können aber auch Männer, die Gewalt erleben, sich an ein Mala Gel wenden.

Als die ersten Räte in Rojava gegründet wurden, konnte die angestrebte Frauenquote von 40% vielerorts nicht erreicht werden. Nach jahrhundertelanger Knechtschaft unter dem Patriarchat hatten viele Frauen Hemmungen, in öffentliche Räume zu gehen, sich dort mit Männern aufzuhalten und gemischtgeschlechtlich zu sprechen. Die Frauen realisierten daraufhin, dass anders vorgegangen werden musste und begannen sich in den Frauenzentren, den „Navenda Zanist“ und „Perwedeye Jine“, separat zu organisieren. Mit der Zeit wurden die Zentren rege genutzt, z.B. von Frauen, die wegen konkreter Probleme dort Rat suchten. Es wurden Seminare zu Geburt, Gesundheit, Sexualität, gesellschaftlichen Geschlechterrollen, Geschichte der Frau, demokratischer Autonomie und Selbstverteidigung durchgeführt. Auf Basis der zunehmenden Vernetzung und Organisation der Frauen wurden Frauenräte gegründet. Diese Frauenräte begannen dann, in einer organisierten Form in den Volksräten teilzunehmen, was schließlich die Frauenquote in den Räten erhöhte. Anhand dieses Beispiels zeigt sich, wie wichtig es für die Frauen war, sich in einem eigenen geschützten Rahmen zu organisieren, bevor eine gemischtgeschlechtliche Auseinandersetzung möglich war. Es ist ebenfalls ein eindrückliches Beispiel dafür, wie es den Frauen gelang, anhand der realen Umstände eine pragmatische Lösung zu finden.

Wir sprachen mit Frauen in Kobanê und fragten sie, was sich seit der Revolution verändert habe. Eine Frau erzählte uns, dass Arbeit, die früher den Männern vorbehalten war, nun auch von Frauen gemacht werden könne, z.B. politische Aktivität. Wo Männer früher das Sagen hatten, trafen nun auch Frauen Entscheidungen. Dies habe in der Gesellschaft, aber auch bei den Männern in ihrem eigenen Umfeld, ein Umdenken geschaffen. Man begegne ihr jetzt anders als zuvor. Auch die Strukturen innerhalb der Familie hätten sich gewandelt und es sei zu einer Demokratisierung gekommen. Wir fragten

eine frisch verheiratete Kobanerin, was sie machen würde, wenn ihr Ehemann Gewalt gegen sie ausüben würde. „Ich würde mich an ein Frauenzentrum wenden“, antwortet sie. Sie erzählt auch, dass Gewalt gegen Frauen stark abgenommen habe. Dies habe wohl auch damit zu tun, dass Frauenrechte nun in der Verfassung festgehalten seien. Als wir mit der Vize-Justizministerin Evin Xilo sprachen, äußerte diese sich dazu wie folgt: „Eigentlich streben wir eine Gesellschaft an, in der es keine Gesetze mehr braucht“, bevor sie hinzufügte: „Wir sahen uns aber gezwungen, dies zu machen, um eine rasche Änderung zu bewirken“. Sonst wären sie gegen die tief verankerten patriarchalen Sitten machtlos gewesen. Die weitere Entwicklung soll über politische Bildung und Bewusstseinsarbeit gehen, um langfristig auf Gesetze verzichten zu können. Dies ist wohl auch der schwierigste und anspruchsvollste Teil der Revolution, da viele Männer von der bisherigen Situation profitiert hatten und kein Interesse haben, ihre Privilegien aufzugeben.

Die Rolle des Eigentums

Verfolgt man das Ziel einer egalitären und basisdemokratischen Gesellschaft, stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Eigentum. Die Existenz von Eigentumsverhältnissen ist per se undemokratisch. Eigentum ist die Folge von Machtverhältnissen (wer eignet sich das Eigentum anhand von welchen Mitteln an?), schafft aber auch selber erneut welche. Um einen gerechten Zugang für alle zu allen Ressourcen gewährleisten zu können, müsste das Privateigentum aufgehoben werden.

Über diesen Aspekt haben wir mit Menschen gesprochen, die aus Kobanê geflüchtet sind. Denn Tatsache ist: die Eigentumsverhältnisse wurden in Rojava nicht aufgehoben. Das wieder angeeignete Land wurde zwar an Dorfkooperativen übergeben, aber längst nicht überall gibt es solche Kooperativen – wenngleich dies auch ein langfristiges Ziel ist. Es gibt nach wie vor Menschen und Familien, die über Privateigentum verfügen und solche, die es nicht tun. Im Gespräch mit Politiker_innen der PYD erfuhren wir, dass dies bewusst nicht angetastet worden sei. Man habe aus historischen Fehlern gelernt und wolle eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse nicht mit Gewalt erzwingen. Dies käme einer Diktatur gleich und könne langfristig nicht bestehen. Bei den Besitzhabenden handle es sich zudem nicht um grossindustrielle Kapitalisten oder Fabrikbesitzer, sondern um Menschen, die beispielsweise über Nutzland verfügen, über eine Autowerkstatt oder über Immobilien. Daher setze man vielmehr auf Bildungsarbeit sowie darauf, ökonomische Alternativen zu stärken. Die Kooperativen sind ein Teil dieser Strategie. Mittels ihnen soll eine kollektive Ökonomie gestärkt werden, so dass Privateigentum irgendwann nicht mehr notwendig oder erstrebenswert ist. Ein anderer Aspekt ist, dass die Rahmenbedingungen des Privateigentums durch die Volksräte definiert werden.

So gibt es zwar Mietverhältnisse – wie viel Miete ein Mieter zahlt, definiert aber der Volksrat im Kollektiv, und nicht etwa der Eigentümer eines Mietobjekts. Auch Lohnarbeit gibt es nach wie vor. Wie viel Lohn ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer zu bezahlen hat, bestimmt ebenfalls die Volksversammlung.

Im Gespräch mit einem jungen, kurdischen Bauern aus Kobanê erfuhren wir, dass er über mehrere Hektaren Land verfügt. Dies gehöre seit Generationen seiner Familie. Er erzählte uns, dass er im letzten Jahr eine sehr gute Ernte erzielte, davon aber nur 20% für sich behalten habe. Was er mit den restlichen 80% gemacht habe, wollten wir wissen. „Die habe ich an die Volksversammlung abgegeben“, so der Bauer. Diese habe es an weniger wohlhabende Kooperativen und Personen verteilt. Wir wollten wissen, ob dies Vorschrift sei. Der Bauer verneint: eine Abgabe sei nicht obligatorisch und es hätte keine Konsequenz für ihn gehabt, wenn er seinen Gewinn nicht geteilt hätte. „Wieso sollte ich das aber nicht machen?“, fragte er zurück. Er brauche ja gar nicht so viel, um zu überleben. Zudem kenne er viele Menschen aus den Kooperativen oder aus weniger wohlhabenden Familien persönlich. Er könne doch nicht in Saus und Braus leben, während seine Bekannten und Freunde Hunger leiden. Anscheinend sind auch der zwischenmenschliche Austausch und die engen Beziehungen untereinander Schutzfaktoren gegen ökonomischen Eigennutz. In einer anonymen Großstadt würde dies wohl anders aussehen.

Vor der Autonomie Rojavas gab es viele Arbeitslose, die als Saisoniers in die Türkei reisten, um dort auf Obst- oder Baumwollfeldern zu arbeiten. Betroffene Personen erzählten uns, dass sie mit dem dort verdienten Geld in Rojava vier Monate hätten leben können. Nun sieht die Lage aber anders aus. Seit der Autonomie wurde eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Vor der Revolution waren die wichtigsten Produktionsstätten unter Kontrolle der syrischen Regierung. Viele waren an Firmen in den Großstädten gebunden, wie z.B. Teppich- oder Tabakfabriken. Mahlwerke gab es nur in Aleppo und Raqqa. Mit einer Regionalisierung dieser Stätten gibt es auch mehr Arbeitsmöglichkeiten, wodurch die Zahl der Saisoniers stark abgenommen hat. Zusätzlich gründeten die Volksräte als Folge der Dezentralisierung neue Arbeitsstätten, z.B. Textilateliers, Molkereien, Bau- oder Landwirtschaftskooperativen, Mühlen oder Petrolraffinerien. In Kobanê wurde ein Gesundheitszentrum, ein Krankenhaus und eine Rehabilitationsklinik eröffnet sowie Gewerkschaften verschiedener Berufsgruppen gegründet.

Allerdings besteht seit Deklaration der Autonomie ein anderes Problem: Assad hat ein Embargo über das Gebiet verhängt. Lebensmittel, Strom, Wasser und medizinische Güter gelangen nicht mehr nach Rojava. Das wirtschaftliche Fundament der Region wurde durch die Isolation stark geschädigt und hatte eine Inflation von bis zu 300% zur Folge.

Was geschah mit den Gerichten und Knästen?

Vor der Autonomie gab es Gerichte und Justizgebäude in der Region, welche dem Regime unterstanden. Mit Ausbruch der Revolution wurden diese umfunktioniert und werden nun als sogenannte Gerechtigkeitszentren genutzt. Ein älterer Dorfbewohner erzählte uns, dass die Volksräte zivile Schutzgruppen bilden. Diese bestehen aus Personen aus der Bevölkerung und intervenieren bei Konflikten oder Übergriffen. Unsere Frage, ob diese bewaffnet sind (und somit eine polizeiliche Funktion einnehmen), wird verneint. Der Mann gibt uns ein Beispiel: verhalte sich jemand gewalttätig, so interveniere die Schutzgruppe und bringe die Person in den lokalen Volksrat. Dort bespreche man im Kollektiv das Vorgehen oder versuche, zwischen zwei Parteien eine Einigung zu vermitteln. Bei sehr großen Schadenstaten, z.B. Körperverletzung, Vergewaltigung oder Mord, werde die Angelegenheit jedoch ans kantonale Gerechtigkeitszentrum weitergetragen.

Ayse Efendi, die Co-Vorsitzende der Kobanê-Volksversammlung, erzählte uns mehr über die Funktion dieser Zentren. In jedem Zentrum werde eine Jury mit ständig wechselnden Personen gegründet. Dies seien Menschen, die in der Bevölkerung besonders wertgeschätzt und als weise erachtet werden. Das können ältere Personen sein, politisch erfahrene oder sehr belebte Menschen oder jemand, der in der Gesellschaft anderweitig sehr geschätzt werde. Eine Ausbildung für dieses Amt besteht nicht. Aus diesen Personen wird ein Friedensgericht gebildet, an welches der Antrag erfolgt, wenn man eine Besprechung einleiten möchte. Es gibt nach wie vor Richter, welche bereits im früheren Regime diese Funktion innehatten und nun ihr Amt weiter ausüben. Ein Berufsverbot wurde also nicht verhängt. Ziel sei es jedoch, deren Funktion zunehmend durch Friedensgerichte aus der Bevölkerung zu ersetzen, so dass irgendwann kein Gericht mehr notwendig sei. Ayse Efendi erklärt, man strebe Volks-, anstelle von Staatsgerichten an.

Vor Gericht darf man in seiner eigenen Muttersprache sprechen, was vorher nicht gestattet war. Auf eigenen Wunsch kann man einen Anwalt engagieren – dies ist jedoch nicht obligatorisch. Anstelle eines Anwalts kann man auch eine Privatperson (z.B. eine_n gute_n Freund_in) auswählen, der_die eigene Position unterstützt. Alle Kosten werden vom Gericht getragen, unabhängig davon, zu welchem Resultat eine Besprechung führt. Alle Verfahren werden innerhalb von maximal 1,5 Monaten abgehandelt und es gibt keine Ungleichbehandlung der Geschlechter.

Ayse Efendi erklärt uns, dass es sich bei den Verfahren nicht um Verfahren handle, wie man sie aus staatlichen Systemen kenne. Es werde nicht eine Schuldspreehung, sondern vielmehr eine Versöhnung angestrebt. Anstelle von Gefängnissen wurden Bildungshäuser gegründet, wo man versuchte, Schadenstäter_innen zu sensibilisieren und wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Die zuvor bestehenden Gefängnisse stünden leer und eine so große Schadenstat, dass man überlegt habe, diese wieder zu verwenden, sei bisher schlicht nicht aufgetreten, erzählte uns Bewohner aus Kobanê.

Wie die Entwicklung langfristig verlaufen wird, wird sich zeigen müssen. Der Ansatz einer Ent-Institutionalisierung des Justizsystems sowie eine Rückgabe gesellschaftlicher Funktionen an die Bevölkerung sind, ebenso wie der Ansatz einer Versöhnung, äußerst progressiv. Von besonderer Bedeutung ist sicherlich der präventive Charakter einer basisdemokratischen Gesellschaftsform. Kein einziger Bewohner Rojavas konnte uns über eine größere Schadenstat berichten – weder Mord, noch Vergewaltigung. Diese Dinge scheinen vielmehr durch äußere Angriffe (z.B. durch den IS) zu geschehen. Konfliktbeispiele konnte man uns jedoch durchaus nennen, wie z.B. einen Streit um ein Stück Land, wobei jedoch bisher immer irgendwie eine Lösung gefunden worden sei. In einem Umfeld, in welchem man tagtäglich mit seinen Mitmenschen interagiert, persönlichen Bezug zu ihnen hat und die Konsequenzen seines Handelns unmittelbar sieht, ist die moralische Hemmschwelle, einem Mitmenschen Schaden zuzufügen, sicherlich viel höher als in der Anonymität einer kapitalistischen Industriegesellschaft. In einer egalitären Gesellschaft fallen auch Eigentumsdelikte weg. Dies bestätigt die Theorie vieler Anarchist_innen, dass zumindest ein Großteil der Konflikte und Übergriffe soziale und politische Ursachen hat und durch deren Änderung wegfallen würde.

Es gibt noch viel zu tun. Die Art der Revolution, wie sie in Rojava stattfindet, ist noch nicht erprobt. Das erschwert den weiteren Weg. Auch sieht sich das Projekt mit vielen Angriffen konfrontiert. Rojava ist als autonome und basisdemokratische Region kein Verhandlungspartner für Industriestaaten, wenn es beispielsweise um Erdöl oder militärische Interessen geht. Auch ist es ein Beispiel für andere Regionen auf der Welt, insbesondere für unterdrückte oder verfolgte Gruppen. Es ist ein Konzept, wie das Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen funktionieren könnte und wie dadurch Konflikte und Kriege in einem geladenen Umfeld vorgebeugt werden könnten.

Die **Karakök Autonome** ist ein Zusammenschluss von Anarchist_innen, die sich für eine herrschaftsfreie Gesellschaftsform engagieren und sich mit ähnlichen Projekten (wie beispielsweise in Rojava) solidarisch zeigen. Dabei handeln wir autonom, aber gleichzeitig möglichst vernetzt. Weitere Schwerpunkte sind Queer, Intersex, Tierbefreiung, Ökologie und Technologiekritik.

Inhalt des Buches

Kampf um Kobane: Vorwort

Ismail Küpeli 5

Kurd_innen ohne Staat

Sebahattin Topcuoglu 10

Die Rojava-Revolution zwischen kurdischer Selbstbestimmung und sozialer Utopie

Ulf Petersen 27

Die Frauenrevolution in Rojava

Dilar Dirik 38

Geschichte und Gegenwart der PKK

Lokman Turgut 51

PKK: Das neue Objekt der Solidarität

Christian Jakob 67

Die AKP als neuer Prinz: die Hegemonie des Finanzkapitals und ihre Widersprüche

Alp Kayserilioğlu, Güney Işıkara, Max Zirngast 77

Wer sind diejenigen, die außerparlamentarisch für eine utopische Gesellschaft kämpfen?

Fatma Umul 98

Die Opposition in Syrien: Alte und neue Akteure zwischen Revolution und Bürgerkrieg

Hannah Wettig 118

Religiöse Minderheiten in Kurdistan

Elke Dangeleit, Hans-Günter Kleff 129

Ideologie des IS: Salafistischer Manierismus

Attila Steinberger 144

Die Organisation „Islamischer Staat“ - von der antischiitischen Ordnungsmacht zum quasi-staatlichen Kalifat

Jean Rokbelle 157

Autor_innen

167



Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung.

Ismail Küpeli (Hg.)

Kampf um Kobanê

Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens

In ihrer Buchhandlung oder Online unter:

<http://www.edition-assemblage.de/kampf-um-kobane/>

1. Auflage 2015

ISBN 978-3-942885-89-8

© edition assemblage

Postfach 27 46

D-48014 Münster

info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation book:fair

Umschlag: Markus Weiß (www.typogo.de)

Lektorat: Willi Bischof, Jens Weisbrod

Satz: Jens Weisbrod, Willi Bischof